

Ottmar von Holtz, MdL, Bündnis 90/Die Grünen

Pressemitteilung vom 13.12.2013

Landtag beschließt Haushalt: Abgeordneter von Holtz fordert jetzt Entlastungen für Lehrkräfte

Darum geht's

Im niedersächsischen Landtag haben alle Abgeordneten der SPD und der Grünen in namentlicher Abstimmung Änderungsanträge der Opposition zum Kultushaushalt für 2014 abgelehnt, mit welchen sie die Altersermäßigung für Lehrkräfte beibehalten und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer verhindern wollten.

Das sagt der Grüne Landtagsabgeordnete

Auch der Hildesheimer Landtagsabgeordnete Ottmar von Holtz hat die Änderungen abgelehnt. Hierzu erklärt von Holtz:

"Die Opposition hat die Finanzierung ihrer Vorschläge mit fiktiven Buchungen im Haushalt hinterlegt. Selbst die Opposition hat keine Vorstellung davon, wie die Altersermäßigung von Lehrerinnen und Lehrern oder die Rücknahme der einen Unterrichtsstunde Mehrarbeit an Gymnasien finanziert werden soll. Kürzungsvorschläge wurden nicht vorgelegt."

"Zur Abstimmung stand letztlich der Haushalt des ganzen Landes. Dieser Haushalt setzt die richtigen Akzente. Es gibt viele Punkte, für die ich als Landtagskandidat gestritten habe. Es ist deshalb nur konsequent, wenn ich diesem Haushalt zustimme. Es ist immerhin der Haushalt der Landesregierung, die meine Fraktion mitträgt."

Zur Belastung der Lehrerinnen und Lehrer ergänzt von Holtz:

"Wahr ist, dass Lehrkräften in den vergangenen Jahren eine beständige wachsende Belastung zugemutet wurde, Heraufsetzung der Klassenobergrenzen, das Turbo-Abitur (G8), ein zusätzliches fünftes Prüfungsfach in der Oberstufe, die Erhöhung der Anzahl der Klausuren usw."

"Verantwortlich für diesen Zustand sind 10 Jahre schwarz-gelbe Schulpolitik. Die Opposition spielt sich als Retter der Gymnasien auf, dabei haben gerade CDU und FDP bei den Gymnasien für den ganzen Stress gesorgt!"

"Ich erwarte von der neuen Kultusministerin, dass jetzt zügig Entlastungen erarbeitet werden. Ich erwarte auch vom Philologenverband, der sich für die Einführung von G8 und fünftem Prüfungsfach eingesetzt hat, sich ernsthaft daran zu beteiligen."

Hintergrund

In den nächsten Jahren wird die Landesregierung rund 420 Mio Euro an Maßnahmen in die "Zukunftsoffensive Bildung" investieren. Die Beibehaltung der Altersermäßigung hätte dazu geführt, dass im kommenden Schuljahr 1.000 Lehrerstellen entfallen wären. Die vormalige CDU-FDP-Regierung hat hierfür keine Vorkehrung getroffen. Das hätte zu einer erheblichen Verschlechterung der Unterrichtsversorgung geführt. Die Landesregierung hätte keinen Spielraum für eine bessere Ausstattung der Schulen gehabt. Die Grünen haben sich deshalb auf ihrem letzten Parteitag dafür ausgesprochen, dass gemeinsam mit den Lehrkräften ein zukunftssicheres Konzept der Altersermäßigung und Entlastungen an den Gymnasien erarbeitet werden.